

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Steuerschätzung - Forschungspolitik - Bundesbahn - EG-Japan - Deutsch-polnische Kommission

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1987) : Kurz kommentiert: Steuerschätzung - Forschungspolitik - Bundesbahn - EG-Japan - Deutsch-polnische Kommission, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 6, pp. 273-274

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136283>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Steuerschätzung

Deutliche Korrektur

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat im Mai seine Erwartungen über die kurz- und mittelfristige Entwicklung der Steuereinnahmen deutlich nach unten korrigiert. Nachdem sich im vergangenen Jahr gegenüber der letzten kurzfristigen November-Schätzung ein Steuerausfall von knapp 3 Mrd. DM ergab, wird für 1987 mit Mindereinnahmen von knapp 10 Mrd. DM gerechnet. In den Jahren bis 1990 werden die Steuereinnahmen um bis zu 18 Mrd. DM niedriger sein, als bei der letzten mittelfristigen Steuerschätzung im Mai 1986 erwartet worden war.

Zum Teil sind diese Steuerausfälle stabilitätsbedingt, d. h. die unerwartet günstige Preisentwicklung wirkt sich dämpfend auf die Zunahme der Steuern aus. In diesem Zusammenhang ist es nur konsequent, wenn die Bundesregierung in ihrer mittelfristigen Finanzplanung die jährliche Ausgabensteigerung mit 2½% niedriger ansetzt als bisher, denn die größere Preisstabilität wirkt sich auch auf der Ausgabenseite aus. Andererseits beruhen die geringeren Steuereinnahmen auch darauf, daß die Konjunktorentwicklung vor Jahresfrist günstiger eingeschätzt wurde als heute. Besonders im Bereich der Unternehmensteuern mußten die Einnahmenerwartungen herabgesetzt werden; hier wirkt sich die Abflachung der Gewinnentwicklung stärker als bisher erwartet auf die Steuereinnahmen aus.

Die mittelfristigen Steuermindereinnahmen sind in erster Linie die Folge einer Korrektur der aktuellen Einnahmenerwartungen, also das Ergebnis eines Basiseffekts. Die gesamtwirtschaftlichen, nominalen Eckdaten wurden dagegen mittelfristig gegenüber der letzten Schätzung nicht grundlegend verändert, auch bis 1991 wird von einer Fortsetzung des bisherigen Konjunkturverlaufs ausgegangen. Insofern ist die jüngste Steuerschätzung nicht ohne Risiken. sch

Forschungspolitik

Chance einer kritischen Durchforstung

Zur Finanzierung der Steuerreform sollen u. a. die direkten Forschungsaufwendungen des Bundes auf das ge-

genwärtige Niveau von 2,2 Mrd. DM festgeschrieben werden. Dies gefährde die Zukunftsvorsorge der Bundesrepublik, meint Forschungsminister Riesenhuber und verweist auf steigende Ausgaben in den wichtigsten Konkurrenzländern.

Technisches Wissen aus der Grundlagenforschung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die industrielle Zukunft unseres Landes. Hierfür Sorge zu tragen ist unbestritten Aufgabe des Staates. Kritisch zu sehen ist aber die Förderung von Großprojekten, zumal bei ihnen die Grenze zwischen marktferner Grundlagenforschung und Entwicklungsarbeit im Firmeninteresse häufig nur schwer zu ziehen ist. Die führenden Industrieunternehmen sind, wenn nicht direkt Auftragnehmer, so doch zumindest an der Projektauswahl maßgeblich beteiligt – sicherlich aus guten Gründen. Andererseits begünstigt diese Konstellation eine Verwässerung der Verantwortlichkeiten und leistet falschen Risikoeinschätzungen Vorschub. Hinzu kommt, wie eine Reihe von Beispielen zeigt, daß Mißerfolge erst eingestanden werden, wenn die Verluste Milliarden-Höhe erreicht haben.

Dies sollte genügen, einer Ausweitung der Projektförderung nicht das Wort zu reden. Eine generelle Förderung risikoreicher Forschungsinvestitionen, am besten durch niedrige Steuersätze, würde die Unternehmen stärker als bisher zwingen, die Konsequenzen ihrer Forschungsaktivitäten zu berücksichtigen. Dies wäre für sie selbst, ganz bestimmt aber für unsere Volkswirtschaft nur von Nutzen. Der Kassensturz des Finanzministers hat mithin durchaus eine positive Komponente, bietet er doch die Chance einer kritischen Durchforstung des Forschungsetats. rr

Bundesbahn

Kostentrennung?

Die kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellte Studie der Gießener Verkehrswissenschaftler Aberle und Weber, die im Auftrag der Bundesbahn erstellt wurde, schlägt eine rechnerische Trennung von Schienennetz und Betrieb der Bahn vor. Dabei soll der Staat die Schienenwege vorhalten und hierfür von der DB Benutzungsabgaben erheben. Ferner soll ein System der öffentlichen Aufträge für gesellschaftspolitisch erwünschte Bahnleistungen entstehen. Der „duale Charakter der Eisen-

bahn“, die ja gerade deshalb staatlich betrieben wird, weil sie außer marktorientierten auch gesellschaftspolitische Aufgaben wahrnimmt, soll durch diesen Rechnungsansatz deutlich werden.

Die Forderung nach einer Kostentrennung besteht schon lange, um eine bessere Vergleichbarkeit der Verkehrsträger zu erreichen, denn in der Binnenschifffahrt und im Straßenverkehr werden die Wege vom Staat vorgehalten bzw. unterhalten und eine Benutzungsabgabe in Form von zweckgebundenen Steuern verlangt. Die Bahn könnte auf diese Weise ihre unternehmerische Leistung nach außen besser darstellen, und vielleicht wäre so auch eine Annäherung an die Wettbewerbsbedingungen des Straßenverkehrs zu erreichen, so daß die Probleme der EG-weiten Deregulierung – wie Aberle behauptet – tatsächlich gemindert werden könnten. Aber die Wurzeln des Übels, nämlich die Abhängigkeit von dem strukturbedingten starken Rückgang der Massentransportgüter, wie Stahl und Kohle, sowie die Inflexibilität durch den großen Beamtenapparat, wären damit nicht gepackt. Vielmehr ließe diese Maßnahme nur auf eine Umschichtung innerhalb des Bundeszuschusses an die Bahn hinaus. cw

EG – Japan

Verkehrte Welt

Der Beitritt Spaniens und Portugals zur EG sorgt erneut für handelspolitischen Zündstoff. Daß die Erweiterung einer Zollunion Drittländer verärgert und zu Ausgleichsforderungen veranlaßt, ist ein ganz normaler Vorgang, auf den das GATT vorbereitet ist. Daß aber umgekehrt die Mitglieder der Zollunion Kompensation von einem Drittland verlangen, ist höchst ungewöhnlich, lenkt doch im Regelfall die Integration Handel von den nicht beteiligten Ländern ab. Für Japan scheint die Regel nicht zu gelten. So sind im Jahre 1986, dem ersten Jahr der iberischen EG-Mitgliedschaft, die japanischen Exporte nach Spanien – in ECU gerechnet – um 35 % gestiegen, nach der EG insgesamt hingegen „nur“ um 15 %. Gleichzeitig sind die Ausfuhren Spaniens nach Japan erheblich gesunken. Japan hat damit, neben der Bundesrepublik, bisher den größten (Handels-)Nutzen aus der Süderweiterung der Gemeinschaft gezogen.

Dafür soll das Land nun bestraft werden, so als hätte Tokio die Spanier und Portugiesen in die Gemeinschaft und damit zu niedrigeren Außenzöllen gedrängt. Die Experten der EG-Kommission schätzen den Handelsgewinn für Japan auf 1,2 Mrd. \$. Geplant ist eine kräftige

Anhebung der Zölle auf verschiedene Elektronik-Produkte, falls sich Japan nicht doch noch zu wesentlichen Einfuhrerleichterungen für spanische und portugiesische Agrarerzeugnisse bereitfinden sollte. Offensichtlich will die EG dieses Mal Härte demonstrieren, nachdem sie zu Anfang des Jahres im „Maiskrieg“ mit den USA hatte klein beigeben müssen. Tatsächlich offenbart die Kraftprobe mit Japan jedoch eher die Hilflosigkeit der Gemeinschaft im Kampf gegen ein trotz des steigenden Yen anscheinend nicht aufzuhaltendes Anschwellen des bilateralen Handelsdefizits. ko

Deutsch-polnische Kommission

Bonner Entgegenkommen

Vom 25. bis 26. Mai fand in Warschau die 7. Tagung der Gemeinsamen deutsch-polnischen Kommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit statt. Bei dieser Gelegenheit bekräftigte die polnische Seite nochmals ihren Willen, die Zahlungsprobleme durch Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zu lösen. Es wurde aber auch offen gesagt, daß die Gläubiger ohne eine Zusammenarbeit im Kreditbereich mit Polen und ohne einen vernünftigen Kompromiß nicht erwarten könnten, daß Polen den Schuldendienst vollständig leisten werde. Bundeswirtschaftsminister Bangemann sagte der polnischen Regierung seinerseits zu, daß sich Bonn im Pariser Klub der 17 westlichen Kreditgeberstaaten für den Abschluß eines Umschuldungsabkommens mit Polen einsetzen werde. Laut Bangemann werde die Bundesregierung ein Abkommen auf der Grundlage der derzeitigen niedrigen Zinssätze vorschlagen, das Kredite umfasse, die seit 1981 fällig geworden sind.

Aus der zugesagten Fürsprache des größten westlichen Gläubigerlandes kann auf positive Erwartungen hinsichtlich des derzeit besprochenen ökonomischen Kurses Warschaws geschlossen werden. Ob diese aber von den Partnern im Pariser Klub geteilt werden? In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob ein neues Umschuldungsabkommen die bereits im Lande eingeleiteten Reformmaßnahmen wirksam unterstützen könnte. Fest steht, daß Polen auf ein Entgegenkommen des Westens angewiesen ist, um aus dem ökonomischen Teufelskreis herauszukommen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß der Schlüssel zur Lösung der volkswirtschaftlichen Probleme in Polen liegt. Von außen kann vielleicht mitgeholfen werden, das richtige Schloß zu finden. ap